

Zahl der Fehltage wegen psychischer Probleme seit 2007 verdoppelt

In Deutschland melden sich immer mehr Menschen wegen psychischer Probleme krank. Der wirtschaftliche Schaden ist groß. Die Regierung sieht die Unternehmen in der Pflicht.

26. März 2019, 9:59 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE

Arbeitnehmer: An 107 Millionen Tagen waren deutsche Arbeitnehmer 2017 aufgrund psychischer Störungen krank.

Die Zahl der Krankentage wegen psychischer Probleme hat sich in Deutschland innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt. Das geht laut den Zeitungen der Funke Mediengruppe aus einer Antwort des Arbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Demnach stieg die Zahl von 48 Millionen im Jahr 2007 auf 107 Millionen im Jahr 2017. Der wirtschaftliche Schaden habe sich im selben Zeitraum von 12,4 Milliarden auf 33,9 Milliarden Euro nahezu verdreifacht, heißt es in der Antwort.

Männer ließen sich dem Bericht zufolge häufiger wegen psychischer Probleme krankschreiben als Frauen. Auch waren Ältere deswegen häufiger nicht bei der Arbeit als Jüngere. Die meisten Krankentage wegen psychischer Probleme hatten 2017 der Antwort zufolge Männer im Alter zwischen 60 und 65 Jahren (434 Ausfalltage auf 100 Versicherte), die wenigsten wurden bei Frauen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren registriert (21 Ausfalltage auf 100 Versicherte).

Laut Arbeitsministerium stieg in dem Zeitraum auch die Zahl der Renteneintritte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Störungen von rund 53.900 auf 71.300. Im Jahr 2017 seien etwa 41.200 Frauen und 30.100 Männer vorzeitig wegen psychischer Diagnosen in Rente gegangen. Die Zahlen basieren auf Sozialversicherungsdaten und Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Die Bundesregierung sieht vor allem die Arbeitgeber in der Pflicht. Gegen psychische Belastungen würden keine neuen Arbeitsschutzregeln helfen, zitieren die Funke Zeitungen aus der Antwort des Arbeitsministeriums. Ziel müsse vielmehr sein, Betriebe und Beschäftigte zu befähigen, das vorhandene Arbeitsschutz-Instrumentarium zu nutzen.

Die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jutta Krellmann, kritisierte diese Auffassung als "vorsätzliches Staatsversagen". Viele Arbeitgeber würden "auf Verschleiß fahren", Beschäftigte würden über ihre Belastungsgrenze getrieben, sagte Krellmann. Auch der ökonomische Schaden werde größer und größer. Es sei offensichtlich, dass die jetzigen Instrumente nicht ausreichen. Die Linke fordert stattdessen eine staatliche Anti-Stress-Verordnung und flächendeckende Arbeitsschutzkontrollen.